

Einfluss stark ausgeprägt, z.B. in Form des rituellen Tanzes *Palo de Mayo*. Eine Bedeutung haben weiterhin noch die Revolutionslieder, die von Musikern wie Luis Enrique, (Salsa-)Sänger und den Brüdern Luis Enrique Mejía Godoy und Carlos Mejía Godoy vertreten werden. Die neue urbane Musik repräsentiert am besten der Gitarrist Ramón Mejía alias Perro Zompopo (\* 1971), Neffe von Carlos und Luis Enrique Mejía Godoy, der sich als Sänger der verlorenen Generation beschreibt.

## **Vom Transmissionsriemen der Partei zum Recht auf ein Leben in Würde: Neue soziale Bewegungen**

Hochphase der sozialen Bewegungen waren sicher die 80er Jahre. Die Mobilisierung im Aufstand gegen die Diktatur und die neuen Beteiligungsmöglichkeiten an Staat und Politik verschafften ihnen einen ungeheuren Aufschwung. Mit der Agrarreform entstanden der Bauernverband UNAG und die Landarbeitergewerkschaft ATC. An vielen Orten gründeten sich Kredit- und Produktionsgenossenschaften, Gewerkschaften blühten auf. Die indigenen Ethnien an der Atlantikküste bildeten eigene Organisationen, Stadtteilkomitees nahmen die Verbesserung der Telefon-, Strom- und Wasserversorgung in die Hand, kirchliche Basisgruppen engagierten sich an vielen Stellen. Da diese neuen Massenorganisationen sich nicht nur als soziale Bewegungen mit originären Interessen, sondern als parteinahe «Transmissionsriemen» der FSLN verstanden, ordneten sie sich oft staatlichen oder parteilichen Prioritäten unter. Dies änderte sich mit der neoliberalen «Strukturanpassung» der 90er Jahre: der Sozialstaat wurde abgeschafft, die soziale Lage verschlechterte sich, 30 bis 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung verloren ihre Arbeit. Dagegen gab es massive Proteste, Streiks und Straßenblockaden, auf dem Land auch Besetzungen und bewaffnete Aktionen. Die FSLN suchte gleichzeitig immer wieder die Verständigung mit den neoliberalen Regierungen, wodurch die Partei ihre politische Glaubwürdigkeit verlor und sich soziale Bewegungen entweder auflösten oder neu in Unabhängigkeit, meist als NGO (Nichtregierungsorganisation) gründeten.

Größere Gewerkschaftsorganisationen gibt es nur noch im Erziehungs- und Gesundheitswesen mit ANDEN und FETSALUD. Sprunghaft entwickelt hat sich mit den Neunziger Jahren die unabhängige Frauenbewegung. Aus einer ehemals parteilich gebundenen Organisation (AMNLAE) ist eine dynamische, politisch und räumlich differenzierte Bewegung entstanden, die nicht nur sexuelle und reproduktive Rechte, sondern auch wirtschaftliche Rechten auf Zugang zu Land und Ressourcen für die Frauen einfordern. Ihre Aktionsformen sind Sensibilisierung und Aufklärung, Stärkung des Selbstbewusstseins, aber auch unmittelbare Unterstützung bei sexueller Gewalt,

Prozesshilfe, Anzeigen vor der Polizei und Demonstrationen auf der Straße. Damit hat die Frauenbewegung mit dem Abtritt der FSLN als hegemoniale Bewegung besonders die individuellen Selbstbestimmungsrechte nach vorn gebracht und eine Kritik an Herrschaft, Paternalismus, Patriarchat und Macht geübt. Das ist auch eine Kritik an strukturellen Ungleichgewichten, an selektivem Zugang zu Land, aber auch eine Hierarchie- und Organisationskritik in Verbänden und auch eine Forderung gegenüber dem paternalistischen Staat. Örtliche Gruppen wie das *Colectivo de mujeres de Matagalpa* oder *8 de marzo* in Managua, betreiben Radios, mobile Kliniken, Bibliotheken und Theaterarbeit, Landfrauengruppen wie *Fundación entre mujeres* in Esteli oder *Comite de mujeres rurales* in León bilden Kerne der Selbstorganisation zur gegenseitigen Unterstützung von Frauenkollektiven, um Land zu bebauen, Produkte zu vermarkten und im Gemeindeleben zu intervenieren. Sie erzielten wichtige Erfolge, so die Einrichtung von Frauenkommissariaten in jeder Polizeistation, das Gesetz zur Gewalt gegen Frauen, die wachsende Rolle von Frauen bei ökonomischen Programmen oder beim Quotengesetz. Wenngleich die Probleme nicht behoben sind, wächst doch das öffentliche Bewusstsein.

Es gibt immer noch eine soziale Bewegung von Produktions- und Dienstleistungskooperativen, besonders auf dem Land, vertreten durch FENACOOB, aber auch regionaler und sektoraler Verbände und Vermarktungsorganisationen, die eine solidarische Ökonomie in gemeinschaftlicher Organisation und ökonomischer Absicherung entwickeln. Erfahrungen als Kooperativen wurden bereits in den sandinistischen 80ern gemacht, als es noch den versorgenden Staat gab. Mit der neoliberalen Regierung entstand eine brutale Arbeitslosigkeit. Da bot die kleinbäuerliche kollektive Produktionsweise mit dezentraler Organisation, ressourcenschonender Ökologie und gesellschaftlicher Ernährungssouveränität eine nachhaltige Produktionsstruktur. Vom Staat erwarten sie eine Stützung ihrer Ökonomie durch Landtitel, rotierende Kredite, Saatgutbanken, Produktionspakete, Ausbildung, Maschinen und Vermarktungsmöglichkeiten und kritisieren die Öffnung des Landes für Bergbau, Agrofabriken, Biospritproduktion, Aquakulturen und andere Großprojekte für Infrastruktur oder Landgrabbing, weil ihnen somit Förderung, Märkte und Landressourcen entzogen werden. Bedroht fühlen sie sich auch durch die Freihandelsabkommen mit Europa und den USA. Es fehlt eine Strategie, wie die BäuerInnen und kleinen HändlerInnen – der informelle Sektor 1 – in die Modernisierung und nationale Entwicklung integriert werden sollen.

Auch die Umweltbewegungen organisieren sich gegen das Ausplündern der Naturschätze. In Nicaragua gibt es heute 272 Konzessionen über ein Territorium von fast 11.000 km<sup>2</sup>, in seiner Mehrheit in Gebieten, die wegen ihrer wertvollen Biodiversität geschützt sind. In der wiedereröffneten Gold-

mine *La Libertad* wird das Gold mit Zyanid vom Gestein getrennt. Die Umweltorganisation *Centro Humboldt* wehrt sich zusammen mit der örtlichen Bevölkerung gegen die Verseuchung des Rio Mico mit Zyanid und Arsen, weil er weiter zur Versorgung von Menschen und Tieren gebraucht wird. Das globalisierungskritische Netzwerk *Otro mundo posible* klagt gegen den spanischen Konzern PESCANOVA wegen der Krabbenzucht im Golf von Fonseca; Fischer, Gemeinden und soziale Bewegungen organisieren Blockaden, Streiks und Betriebsbesetzungen, da die Mangroven geschädigt und den Fischern ihre Existenzgrundlage entzogen wird. Zu dem Kanalbau in Nicaragua gibt es viele kritische Stimmen. In der gemeinsamen Erklärung der Allianz aller nicaraguanischen Umweltorganisationen «stellt der geplante Bau des Interozeanischen Kanals die größte Bedrohung für die Umwelt in der Geschichte des Landes und die größte Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Lebensmitteln dar. Angesichts seiner Bedeutung muss die Entscheidung zum Bau eines Kanals von der gesamten Bevölkerung abgewogen, beraten und abgestimmt werden». Der maximal 9 Meter tiefe Nicaraguasee hat keine Kapazität, Schiffen mit einem Tiefgang von bis zu 23 Metern die Durchfahrt zu ermöglichen, es müsste jährlich nachgebaggert werden. Der Nicaraguasee ist die zweitgrößte Trinkwasserreserve des ganzen Kontinents und seine Beschädigung würde die Trinkwasserversorgung gefährden. Schon jetzt gibt es vor allem während der Trockenzeit Engpässe bei der Versorgung der Gewässer Nicaraguas. Die Kontaminierung würde durch den Kanalbau verstärkt. Das Modell des jetzigen Kanalbaus «sei durch und durch neoliberal angelegt mit dem Ziel, ein kaum realistisches Wachstum zu erreichen. Zusammen mit den gerade abgeschlossenen Freihandelsverträgen würde der Weg für ein System zugunsten ausländischer Investitionen geebnet, so wie es auch schon die *Zona Francas* [Produktionsstätten vor allem aus der Textilbranche, die von ausländischen Investoren gemanagt werden] zeigen, wo die ArbeiterInnen ausgebeutet werden» (MCN). Zugleich wurden 182 Klagen nicaraguanischer BürgerInnen (darunter auch der Menschenrechtsorganisation CENIDH) beim Obersten Gerichtshof eingereicht.

In der nicaraguanischen Verfassung werden die legitimen Rechte der indigenen Ethnien der Atlantikküste eindeutig geschützt. Die Atlantikküste hat sich geschichtlich unabhängig vom restlichen Nicaragua entwickelt und wurde erst 1894 gewaltsam eingegliedert. 1987 wurde der Atlantikküste die lang erkämpfte Autonomie zugesprochen und der Bevölkerung das Recht auf ihr eigenes Land, ihre Ressourcen, ihre Kultur sowie ihre Identität gegeben. Nach einer insgesamt positiven Entwicklung der letzten Jahre fühlen sie sich sowohl als NicaraguanerInnen als auch als *Costeños*. Vor allem für die indigene Bevölkerung stellt das Land einen überlebenswichtigen Lebensraum dar, in dem sie fischen, aus dem sie Lebensmittel und Wasser beziehen und der